

Hüten wir uns vor einer militärischen Vorherrschaft!

Beherrschenswerte Worte im deutschen Reichstag.

In der Aussprache des deutschen Reichstages über die Zensur, am Dienstag, führte der fortschrittliche Abgeordnete Fischbeck aus, nachdem er für seine Partei und für die Nationalliberalen die folgende Resolution beantragt hatte:

Den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag bei Beginn des nächsten Sitzungsabschnittes einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärgewalt in das bürgerliche Leben geschaffen werden und die Verantwortlichkeit für diese Maßnahmen geregelt wird.

Leuten gegenüber, die in wohlmeinendster Ansicht ihrer Meinung über die Friedensziele Ausdruck gegeben haben, wurde das Briefgeheimnis durch militärische Anordnung verletzt und auf ihre Beschwerde wurde geantwortet, daß dies geschehe, um Spionage zu verhüten. Dabei kann bei diesen Persönlichkeiten, mögen sie Abenteurer oder Anhänger der Friedensgesellschaft sein, von irgend welcher Verbindung mit Spionen natürlich nicht im entferntesten die Rede sein. (Zustimmung.) Es kommt sogar nachgerade vor, daß sich die Zensur zur Dienerin von Privatinteressen macht, indem sie die Kritik an Ausweisen von Bankinsituten und an dem Gebaren privater Geschäftsunternehmungen auf deren Ansuchen verbietet. Ist denn Deutschland ein solches Arrahwinkei, daß durch das Aussprechen derartiger Kritiken seine Sicherheit gegenüber dem Ausland gefährdet werden könnte? (Lebhafter Beifall im ganzen Hause.) Als sich der Berliner Magistrat im Interesse der Kohlenversorgung der städtischen Anstalten, also im Interesse der Berliner Bürgerschaft, gegen Prehangriffe von Organen der Zechenbesitzer zur Wehr setzen wollte, wurde durch einen jungen Lieutenant telephonisch mitgeteilt, daß die amtlichen Pressenachrichten des Berliner Magistrats der Zensur unterstellt werden. (Hört! Hört!) Dazu hatte der Magistrat begreiflicherweise keine Lust. (Lebhafte Zustimmung.) Die Stadt Berlin hat während des Krieges große Bauten unternommen und fortgeführt. Es ist hierbei zu Meinungsverschiedenheiten mit Nachbargemeinden und gegenüber dem Zweckverband gekommen, und der Vorsitzende der Berliner Stadtverordnetenversammlung, Herr Michelet, hat darüber in der

Stadtverordnetenversammlung gesprochen. Da kam aber alsbald ein Telegramm des Oberkommandos an die Zeitungen, das der Presse verbot, im Anschluß an die Rede Michelets Erörterungen über den Zweckverband anzustellen. (Hört! Hört!) Ich frage: Was hat das mit der Sicherheit unseres Vaterlandes zu tun? (Sehr gut!) Man muß geradezu annehmen, daß gewisse Leute, die im Frieden vielleicht in nachgeordneten Stellungen waren und gegenüber den geordneten Instanzen des Staates ihren Willen nicht durchsetzen konnten, jetzt die Zeit dafür gekommen erachten und nun sagen: „Nun ran ans Regieren!“, an ein Regieren, so wie sie es wollen. (Hört! Hört!) Aber dazu ist die Zensur nicht eingerichtet, in diesem Sinne ist der § 68 der Reichsverfassung nicht gemacht und auch nicht das alte preussische Gesetz über den Belagerungszustand. (Sehr wahr!) Auch auf sonstigen Gebieten des innerpolitischen Lebens, im Vereins- und Versammlungsrecht, sehen wir dasselbe. Hirsch-Dunder'sche Gewerkschaftsbeamte, die im Westen in ihrer Werkstatt ihre Arbeitskollegen zusammenriefen, um über die Dinge des Betriebes miteinander zu sprechen, sind dafür mit Gefängnis bestraft worden. (Hört! Hört!) Glaubt denn ein Mensch, daß durch ein solches Eingreifen bei den betreffenden Arbeitern Ruhe und Frieden einzutreten? Ist denn die Staatsgewalt nicht selbst oft genug von dieser Art Auslegung des Belagerungszustandes getroffen worden? Es wäre auch möglich, daß die Zensur eine Schädigung des Reiches darin erblickte, wenn wir uns anläßlich der kommenden Steuervorlagen in der Presse darüber unterhielten, wie die Zigarren besteuert werden sollen und dergleichen. Deshalb wird in der Resolution verlangt, daß wenigstens auf inner- und handelspolitischem Gebiet die Meinungsfreiheit für die Vertiefung in die großen Probleme der nächsten Zeit gesichert werde.

Was glauben denn die Zensoren und Oberkommandierenden zu erreichen, wenn sie solche Erörterungen verbieten? An die parlamentarische Tribüne haben sie doch noch nicht heranziehen können, und wenn draußen die Presse versagen muß und unterdrückt wird, dann ist hier doch der Ort, um das auszusprechen. Wir müssen darauf sehen, daß die bürgerliche Gewalt zu ihrem Rechte komme, soweit es geschehen kann, ohne daß die vaterländischen Interessen nach außen hin geschädigt werden. Es müssen verantwortliche Instanzen geschaffen werden, an die appelliert werden kann und die eine Korrektur vornehmen können. Was wir hier für die Kriegszeit verlangen, daß muß erst recht für die Zeit nach dem Krieg gelten. Wir wissen, daß einzelne Landräte und Regierungspräsidenten Zeitungen mit militärischer Unterdrückung gedroht haben, wenn sie Artikel aus der ministeriellen Korrespondenz nicht abdruckten. Wir nehmen Alt davon, daß der Minister dies nicht als seine Absicht erklärt hat; aber der preussische Minister hätte seine Landräte vorher kennen und von vornherein die Notwendigkeit ganz anderer Sicherheiten einsehen müssen. (Sehr gut! links.) Der Reichskanzler hat davon gesprochen, wieviel Unmut durch innerpolitische Einrichtungen auf gespeichert und wie notwendig es ist, ihn wegzuräumen. Die preussische Thronrede gab berechneten Ausdruck demselben Gedanken. Sie steht aber in krassem Widerspruch mit gewissen Vorgängen auf innerpolitischem Gebiet. (Sehr richtig! links.) Wenn die Thronrede das, was sich aus den Erlebnissen dieser Zeit als selbstverständliche Folgerung ergibt, als ihre Folgerung zieht, nämlich, daß das gegenseitige Erkennen, daß die Hingabe des Volkes an das große Ganze das hohe Ergebnis aus dieser Zeit ist, so muß das auch dazu führen, dem großen Ganzen Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung zu geben. Wenn man demgegenüber sagt, daß die bestehenden Einrichtungen das Volk zu seinen unvergleichlichen Leistungen befähigt haben, so hätte man ja vor hundert Jahren, wo unser Volk auch in einem so großen Ringen stand, sagen können, daß auch die damals bestandenen Einrichtungen unser Volk befähigt und begeistert hätten, die Schlachten von 1813 zu schlagen. (Sehr gut! links.) Aber das damals gegebene Versprechen, daß jeder deutsche Staat eine Verfassung haben sollte, wurde abgelehnt durch die Karlsbader Beschlüsse unseligen Andenkens. (Sehr wahr! links.) Schließlich hat sich die neue Zeit doch durchgerungen, auch in Preußen. Preußen steht heute größer und glänzender da als je. Wir hoffen, daß auch jetzt die Stimmen, die sich diesem gegenseitigen Erkennen entgegensetzen wollen, bei unserer Regierung kein Gehör finden und daß sie fortgeschritten auf den Bahnen, wie sie uns dargelegt wurden; daß es zur Wahrheit werde, was die Thronrede zum Ausdruck gebracht hat. Wenn wir alle das aber hoffen, so müssen wir auf der anderen Seite sagen: Alle Bewunderung für unsere Armee, alle Hochachtung vor ihren Taten, aber hüten wir uns davor, daß eine militärische Vorherrschaft in der inneren Politik ausgerichtet werde! (Lebhafte Zustimmung.) In diesem langen Kriege hat das Volk bewiesen, daß es Vertrauen verdient. Aber die Handhabung der Zensur macht es erforderlich, daß die Regierung nach dem Rechte sieht, damit dem Willen und dem Geiste des deutschen Volkes Rechnung getragen und dafür gesorgt wird, daß dem Willen und dem Geiste des deutschen Volkes auf seinem Fluge zu seiner besseren Zukunft keine Hemmnisse in den Weg gelegt werden! (Stürmischer Beifall links.)